

## Vergleich Gesamtkirchengemeinde – Verbundkirchengemeinde – Fusion

	Gesamtkirchengemeinde	Verbundkirchengemeinde	Fusion
<b>Körperschaft des öffentlichen Rechts</b>	Gesamtkirchengemeinde und beteiligte Kirchengemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts	Verbundkirchengemeinde und beteiligte Kirchengemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts	Eine Kirchengemeinde (oder beide) werden aufgelöst. Es verbleibt eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Je nach Ausgestaltung des Zusammenschlusses wird eine neue Körperschaft gebildet oder eine bestehende Körperschaft unter Auflösung der anderen Körperschaften erweitert.
<b>Kirchengemeinderat</b>			
<b>Eigener Kirchengemeinderat in der beteiligten Kirchengemeinde?</b>	Ja	Ja, aber in der Regel kleiner und tagt nur sporadisch	Nein, es gibt nur noch einen Kirchengemeinderat der zusammenschlossenen Kirchengemeinde, ggf. hier Wahl nach § 13 KGO
<b>Kirchenwahl</b>	In jeder beteiligten Kirchengemeinde wird separat gewählt.	In jeder beteiligten Kirchengemeinde wird separat gewählt.	In der Kirchengemeinde wird gewählt
<b>Vertretung in der Bezirkssynode</b>	Nur die Kirchengemeinden.	Nur die Verbundkirchengemeinde.	Nur die Kirchengemeinde.

<b>Pfarrstellen</b>			
<b>Zuordnung der Pfarrstellen</b>	Zu den beteiligten Kirchengemeinden	Zur Verbundkirchengemeinde	Zur fusionierten Kirchengemeinde
<b>Pfarrstellenbesetzung</b>	<p>Geschieht in der beteiligten Kirchengemeinde</p> <p>Beteiligung von Delegierten der Gesamtkirchengemeinde</p> <p>zuzüglich Bezirksvertreter</p>	<p>Geschieht in der Verbundkirchengemeinde</p> <p>(dem Besetzungsgremium gehören die stimmberechtigten Mitglieder des Verbundkirchengemeinderats an)</p> <p>zuzüglich Bezirksvertreter</p>	<p>Geschieht in der fusionierten Kirchengemeinde</p> <p>Beteiligung von Delegierten der Gesamtkirchengemeinde, wenn sie an einer Gesamtkirchengemeinde beteiligt ist</p> <p>zuzüglich Bezirksvertreter</p>
<b>Verantwortung für die Gottesdienstordnung und die Aufgaben nach den Kasualordnungen</b>	Bleibt bei der beteiligten Kirchengemeinde	Bei der Verbundkirchengemeinde	Bei der Kirchengemeinde
<b>Geschäftsordnung des Pfarramts</b>	<p>Bleibt bei der beteiligten Kirchengemeinde</p> <p>Möglichkeit der Verschiebung von Deputatsanteilen, verankert in den Geschäftsordnungen (vgl. § 1, Nr. 8 Deputatsverordnung).</p>	<p>Bei der Verbundkirchengemeinde</p> <p>Darüber hinaus Möglichkeit von Jahr zu Jahr auf der Ebene des Schuldekanats Deputatsanteile ohne Änderung der Geschäftsordnungen zu verschieben.</p>	<p>Bei der Kirchengemeinde</p> <p>Möglichkeit der Verschiebung von Deputatsanteilen, verankert in den Geschäftsordnungen (vgl. § 1, Nr. 8 Deputatsverordnung).</p>
<b>Wohnlastpflicht</b>	Koordiniert und trägt i. d. R. die Wohnlastpflicht; unbeschadet der Zuständigkeit des Oberkirchenrats ist die örtliche Kirchengemeinde zuständig, für die die Pfarrstelle errichtet wurde.	Unbeschadet der Zuständigkeit des Oberkirchenrats ist die Verbundkirchengemeinde zuständig und trägt die Wohnlastpflicht	Unbeschadet der Zuständigkeit des Oberkirchenrats ist die Kirchengemeinde zuständig und trägt die Wohnlastpflicht.

<b>Finanzen</b>			
<b>Rücklagen, Stiftungen, Erbschaften ...</b>	Das ist eine Frage der Ortssatzung der Gesamtkirchengemeinde.	Das Geldvermögen der Kirchengemeinden bleibt erhalten, geht aber mit der Bildung der Verbundkirchengemeinde zur Bewirtschaftung auf diese über. Rücklagen werden nach dem örtlichen und gemeinsamen Bedarf im Haushalt der Verbundkirchengemeinde nachgewiesen.	Rücklagen, Stiftungen und Erbschaften gehen von der aufgelösten Kirchengemeinde in die fusionierte Kirchengemeinde über.

	Bei zweckgebundenen Mitteln ist die Zweckbindung zu beachten.	Bei zweckgebundenen Mitteln ist die Zweckbindung zu beachten.	Bei zweckgebundenen Mitteln ist die Zweckbindung zu beachten.
<b>Kirchensteuermittel</b>	Gehen an die Gesamtkirchengemeinde und, falls diese über ein eigenes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen verfügen, auch an die beteiligten Kirchengemeinden. Maßgeblich ist die Ortssatzung.	Gehen an die Verbundkirchengemeinde, sie ist Kirchensteuergläubigerin (der Verbund soll durch eine Übergangsregelung nicht schlechter gestellt werden, als die beteiligten Kirchengemeinden ohne die Form der Zusammenarbeit)	Gehen an die Kirchengemeinde.
<b>Finanzen</b>	Kommt darauf an, was in der Ortssatzung geregelt ist. Möglich ist, dass sowohl die Gesamtkirchengemeinde als auch die Kirchengemeinden über eigene Haushalte verfügen.	Hier nur ein Haushalt auf Ebene der Verbundkirchengemeinde.	Hier nur ein Haushalt auf der Ebene der Kirchengemeinde. Bei einer Beteiligung an einer Gesamtkirchengemeinde siehe Spalte 1.
<b>Immobilien</b>	Kommt darauf an, was in der Ortssatzung geregelt ist. Auch bei dezentralen Besitzverhältnissen ist eine zentrale Verwaltung durch die Gesamtkirchengemeinde möglich.	Gemeinsames Immobilienmanagement.  Eigentum an Immobilien bleibt bei der beteiligten Kirchengemeinde	Gemeinsames Immobilienmanagement.
<b>Personal</b>	Je nach Ortssatzung kann es bei der Gesamtkirchengemeinde und bei den Kirchengemeinden angestellt sein. Entsprechendes gilt für die Personalverwaltung. Tendenziell liegt die Zuständigkeit eher bei der Gesamtkirchengemeinde.	Ist Anstellungsträger und verwaltet das Personal. Mit der Bildung der Verbundkirchengemeinde treten die Mitarbeitenden gemäß § 1 a Abs. 6 KAO in den Dienst der Verbundkirchengemeinde	Ist bei der Kirchengemeinde angestellt und wird von ihr verwaltet.
<b>Umsatzsteuerpflicht</b>	Die neue Körperschaft wird grundsätzlich ab Entstehung umsatzsteuerpflichtig. Spätestens ab 1.1.2021 tritt die Umsatzsteuerpflicht bei allen Körperschaften in Kraft. (Bitte das Rundschreiben GZ 13.071-7-71.5-03-02-01-V07 vom 17. April 2018 des Sachgebiets Steuern berücksichtigen.)	Die neue Körperschaft wird grundsätzlich ab Entstehung umsatzsteuerpflichtig. Spätestens ab 1.1.2021 tritt die Umsatzsteuerpflicht bei allen Körperschaften in Kraft. (Bitte das Rundschreiben GZ 13.071-7-71.5-03-02-01-V07 vom 17. April 2018 des Sachgebiets Steuern berücksichtigen.)	Es gilt das Prinzip der Gesamtrechtsnachfolge und damit keine Umsatzsteuerpflicht. Spätestens ab 1.1.2021 tritt die Umsatzsteuerpflicht bei allen Körperschaften in Kraft. (Bitte das Rundschreiben GZ 13.071-7-71.5-03-02-01-V07 vom 17. April 2018 des Sachgebiets Steuern berücksichtigen.)